



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Weltgeschichte im Aufriß auf geopolitischer Grundlage**

**Braun, Franz**

**Dresden, 1930**

Abschluß der nationalstaatlichen Entwicklung in Europa: Deutschland,  
Italien, Balkan.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77289](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77289)

dem Scheitern der napoleonischen Zusammenfassung Europas wieder ein Gleichgewicht der europäischen Kräfte und damit eine Befriedung Europas auf weite Sicht anstrebte.

Metternich sieht Europa in einer natürlichen Dreigliederung: Westen, Mitte und Osten.

Der Westen personifizierte sich ihm staatlich durch Frankreich, der Osten durch Rußland, das Zentrum vor allem durch Österreich und Preußen. Rußland hält er durch sein schreckliches Klima gegen die Mitte geschützt, Frankreich besitzt eine starke Barriere in dem Rhein (den der Staatsmann nach älterer Weise als völkertrennend, nicht als völkerverbindend ansah) und in seinem dreifachen Festungsgürtel. Die Flankenmächte bedrohen dauernd die Mitte, die geopolitische Aufgabe der Mitte ist das Auseinanderhalten der großen Flügelstaaten Europas: „Ost, West und Mitte sind in ihrer Sicherheit wechselseitig durch ihre Stärke, Blüte und Ruhe bedingt.“

Als nicht zu Mitteleuropa gehörig erscheinen Metternich die baltischen Länder, die Donaufürstentümer Moldau und Walachei sowie der gesamte Balkan, ferner im Westen Elsaß-Lothringen und die Niederlande; die Schweiz verweist er in den Gürtel der Schutzzone um den Mittraum, ebenso Norditalien. Italien selbst ist für ihn mitteleuropäisches Anhängsel. Der skandinavische Norden hat gleichfalls eine Schutz Aufgabe, die Abwehr einer russischen Umklammerung Mitteleuropas. Die Mitte hat auch eine defensive gesellschaftspolitische und kulturelle Mission zu erfüllen. Sie soll die von Frankreich ausgehenden kulturellen, unchristlichen Umsturzbestrebungen und die durch Rußland verkörperte Barbarei und Unkultur des Ostens abwehren, sie soll die Eigentümlichkeiten der natürlichen und geschichtlichen Völker- und Staatenentwicklung Mitteleuropas vor den geistigen Ausströmungen der Revolutionszeit, der nationalstaatlichen und freiheitlichen Idee westlicher Staatsauffassung in gleicher Weise wie vor dem despotischen Absolutismus des Ostens schützen. Einheit und Vielheit in harmonischer Vereinigung, Föderalismus mit kraftvollem Einheitsband ist nach Metternichs Meinung die der Zentralzone Europas allein angemessene Organisationsform. In ihr hat die erhaltende Gewalt unbedingt das monarchische System zu bewahren, aber alle geschichtlich gewordenen, wohlverworbenen Rechte der Stände und sonstigen korporativen Lebenskreise gleicherweise zu achten.

Das Herz Europas und im besonderen der Führer und Wächter Mitteleuropas ist Österreich. Aber die Mitte Europas bedarf der Einigkeit und Stärke beider deutschen Großmächte. Hierin nun, in dieser Anerkennung der Doppelheit deutscher Führermächte, Österreichs und Preußens, und der Notwendigkeit einigsten Zusammenstehens der beiden Mittelmächte, in dem völligen Opfern des österreichischen Revanchegedankens möchten wir eines der epochalsten Elemente der Metternichschen Mitteleuropaidée erblicken (Heinrich Ritter von Erbil).

### XXIII. Die territoriale Entwicklung Preußens.

1. Preußen 1815. Grenzschutz im Westen gegen Frankreich.
2. Die Mark Brandenburg zur Zeit der Askanier 1134—1320.

Die von Österreich aufgegebene Schutzstellung am Rhein <sup>Preußen, der Staat des norddeutschen Flachlandes</sup> gegen Frankreich übernimmt Preußen (vgl. S. 58 u. 63); es wird durch den Wiener Kongreß wieder ein rein deutscher Staat, indem es die ganzen polnischen Erwerbungen (bis auf Westpreußen mit Danzig und Thorn und die Provinz Posen) aufgibt. Dafür erhält es den nördlichen Teil Sachsens, die Rheinprovinz (bleibt aber von der Maas abgedrängt), Teile Westfalens und das schwedische Vorpommern. Ansbach und Bayreuth bleiben bayrisch.

Durch die Abtretung von Hildesheim, Goslar, Ostfriesland und Hannover entsteht aber zwischen der östlichen und westlichen Gebietshälfte Preußens eine noch breitere Lücke, als zuvor bestand. Preußen muß es als sein Ziel betrachten, sein Staatsgebiet zur Einheit zusammenzuschließen.

Preußens  
neue Frontstellung  
im Westen

Die mittelalterliche Grenzmark der Askanier haben die Hohenzollern zu einer europäischen Großmacht erhoben. Preußen ist in Deutschland selbst der wichtigste Staat, es beherrscht Norddeutschland und schützt mit der Verteidigung seiner Rheinprovinz zugleich Deutschland im Westen, dadurch wird es aber von seiner natürlicheren Aufgabe im Osten abgelenkt.

#### XXIV. Neubegründung des Deutschen Reiches.

1. Europa nach 1815. Der Deutsche Bund.
2. Der preußisch-hessische Zollverein.
3. Der deutsche Zollverein. Auschluss Österreichs.
4. Kleindeutsche Lösung der deutschen Frage. Der Norddeutsche Bund 1866 bis 1871 und das Deutsche Reich 1871.

Scheitern der  
deutschen Einigung

1. Mit der Übernahme der nationalen Verteidigung durch Preußen an Stelle Österreichs wächst der Gegensatz beider Staaten. In dem Dualismus dieser beiden Mächte liegt der tiefste Grund, weswegen es nicht zu einem neuen deutschen Reiche kommt. Freilich auch die Mittel- und Kleinstaaten wollen von ihrer Souveränität nichts aufgeben. Metternich glaubt ferner, ohne Übernahme der Kaiserkrone leichter und besser mit Preußen zur Verständigung zu gelangen. Ein neues Reich mit einem habsburgischen Kaisertum hätte Österreich außerdem wieder zur Wacht am Rhein verpflichtet, während sein Ziel nunmehr in steigendem Maße Ausbau der Donau- und Balkanstellung wurde. Der Föderativgedanke Metternichs fand schließlich im Deutschen Bunde seine Teilverwirklichung. 35 souveräne Fürsten und 4 freie Städte werden Träger des Bundes. Der Bundestag, zu dem die einzelnen Staaten ihre Gesandten schicken, hat in Frankfurt seinen Sitz. Österreich hat den Vorsitz. Die für viele Angelegenheiten geltende Einstimmigkeit der Beschlüsse schließt eine wirklich einheitliche deutsche Politik aus, zumal die kleinen Bundesmitglieder die Königreiche überstimmen können, außerdem deutsche Fürsten zugleich Herrscher in außerdeutschen Ländern (Hannover-England, Holstein-Dänemark, Luxemburg-Niederlande) sind und darum europäische Politik treiben, aber keine deutsche.

Der Deutsche Bund

Die souveränen  
Landesfürsten

Die Territorialstaaten sind die eigentlichen Statuten staatlichen und politischen Lebens. Sie sind souverän, nur das Recht, mit dem Auslande Bündnisse zu schließen, ist ihnen ver sagt.

Die  
Verfassungsfrage

Zu der Enttäuschung in der nationalen Frage kommt die andere, die die Verfassung betrifft. Die Bundesakte hatte landständische Verfassungen in allen Bundesstaaten verheißen. Aber nur Sachsen-Weimar (1815) und bald darauf die süddeutschen Staaten Bayern, Baden, Württemberg (1818/19) führen eine Verfassung ein, außerdem später Hessen, Hannover und Braunschweig. Aber Österreich und unter Metter-

nichts Einfluß auch Preußen können sich nicht dazu entschließen. Die 1823 in den acht alten preußischen Provinzen einberufenen Landstände haben nur beratende Stimme. Metternich gelingt es auch, gegen die junge liberale und nationale Bewegung der Burschenschafter und Turner auf einer Ministerkonferenz die Karlsbader Beschlüsse durchzusetzen, die die Turnvereine und Burschenschaften verbieten, die Press- und Lehrfreiheit einschränken.

In Italien, Spanien und Portugal kommt es aus den gleichen Gründen zu Unruhen, die aber auf Betreiben der Heiligen Allianz unterdrückt werden (anders in Griechenland, siehe im folgenden), aber ihrem Eingreifen in die Unabhängigkeitskämpfe der lateinischen Kolonien Amerikas widersteht sich der Präsident der Vereinigten Staaten (Monroedoktrin). So erkämpfen die süd- und mittelamerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit vom Mutterlande. Diese Tatsache, wie die an der orientalischen Frage (Freiheitskampf der Griechen) sich entzündenden Gegensätze bereiten der Heiligen Allianz ihr Ende.

2/3. Für die Aufrichtung eines neuen nationalen Staates ist die wirtschaftliche Einigung unter Preußens Führung wertvollste Vorarbeit gewesen. Die Zollschranken im Binnenlande müssen fallen, soll die wirtschaftliche Lage sich bessern und einen Aufschwung nehmen (Einstromen englischer Waren; Schädigungen der Textilindustrie Sachsens, Schlesiens und des Rheinlandes, Massenauswanderung nach Amerika). Preußen greift zuerst den Gedanken auf, dessen Verwirklichung Friedrich List beim Deutschen Bund vergeblich beantragt hatte. Denn bei der Zersplitterung des preußischen Gebietes erscheint die Zolleinigung besonders geboten, läßt dann auch den zwangsläufigen Anschluß zum mindesten der dazwischen liegenden und angrenzenden Klein- und Mittelstaaten erwarten. Die Niederlegung der Zollschranken schafft ein einheitliches Wirtschafts- und Absatzgebiet. Hessen-Darmstadt schließt sich zuerst dem preußischen Zollverband an (1828), ein Schritt, der damals bezeichnenderweise vielfach als Verrat gebrandmarkt wurde. Die süddeutschen Staaten Bayern und Württemberg hatten dagegen schon 1827 den süddeutschen Zollverein geschlossen. Aus Angst und Neid gegen Preußen bildet sich 1828 noch der mitteldeutsche Handelsverein (Hannover, Oldenburg, Nassau, Kurhessen, Braunschweig, Bremen, Frankfurt, Thüringen und Sachsen); er trennt die beiden preußisch-hessischen Gebietshälften und schiebt sich zwischen Nordost- und Süddeutschland.

Die Annäherung von Bayern und Württemberg (Zollvertrag 1829, noch keine Zolleinigung) an den preußisch-hessischen Zollverein nötigt zuerst Sachsen-Gotha zu einer Verständigung mit Preußen. Der Anschluß Kurhessens 1831 sprengt vollends den Handelsverein.

Durch den Beitritt von Bayern, Württemberg und Sachsen erweitert sich der preußisch-hessische Zollverein am 1. Januar 1834 zum deutschen Zollverein. Baden und Nassau schließen sich 1835, Frankfurt 1836 an. Daneben bleibt als Gegenbund noch der Rest des mitteldeutschen Handelsvereins als Steuerverein bestehen (Lippe-De-

Unabhängigkeit  
Lateinamerikas

Wirtschaftliche  
Einigung  
Deutschlands

Der deutsche  
Zollverein 1834

mold bis 1841, Braunschweig und Luxemburg bis 1842, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe bis 1854). Mecklenburg, Lübeck und Schleswig-Holstein treten erst nach ihrem Anschluß an den Norddeutschen Bund 1867 bei, Hamburg und Bremen gar erst 1888.

Abgesehen von diesen Nachzügeln ist Nord- und Süddeutschland 1834 wenigstens wirtschaftlich geeinigt, und zwar unter Preußens Führung. Österreich bleibt jenseits der deutschen Zolllinie. Der Weg für die politische Einigung ist aufgezeigt.

Französische  
Julirevolution 1830

Verfassungskämpfe

Sozialistische  
Februarrevolution  
in Frankreich 1848

4. In Preußen folgt auf Friedrich Wilhelm III. sein Sohn Friedrich Wilhelm IV. Von ihm erhofft man die Einlösung des Verfassungsversprechens und Erfüllung der auf eine neue Reichsgestaltung gerichteten Wünsche. Er verspricht zwar Freiheit, kann sich jedoch zur Einführung einer Verfassung nicht verstehen, „kein beschriebenes Blatt soll sich zwischen König und Volk eindrängen“. Aber immer dringlicher und ungestümer wird das Verlangen nach einer Verfassung. Die fast in allen europäischen Ländern nachwirkende Julirevolution Frankreichs (1830) (Loslösung Belgiens 1830, Volkserhebungen in Italien, Aufruhr der Karlisten in Spanien, Revolution in Polen, Aufstand Mehemed Alis, Parteikämpfe in der Schweiz 1847) ist an den beiden Großstaaten Österreich und Preußen spurlos vorübergegangen. Die norddeutschen Mittelstaaten dagegen bekommen freiheitliche Verfassungen. Die deutsche Bundespolitik bleibt reaktionär: Demagogenverfolgung Metternichs, gestützt auf die Freundschaft mit Preußen und Rußland. Mißmutig und verbittert ziehen sich weite Kreise vom politischen Leben zurück. Aber ein wie starkes Nationalgefühl im Volke lebt, zeigt sich in der aufflammenden Leidenschaft und Begeisterung, als Frankreich 1840 den deutschen Rhein bedroht. („Wacht am Rhein“, „Der deutsche Rhein“.)

Der Ausbruch der französischen Februarrevolution gibt der politischen Entwicklung Europas neuen Anstoß. In Frankreich war 1830 auf die Bourbonenherrschaft das Bürgerkönigtum Louis Philipps (Julirevolution) gefolgt, er nimmt mit der Eroberung Algiers die alte französische Machtpolitik wieder auf: Schaffung eines Kolonialreiches in Nordafrika und Herrschaft über das Mittelmeer (Bündnis mit Mehemed Ali von Agypten) sind die großen Ziele. Aber Mißerfolge in der auswärtigen Politik und die große Unzufriedenheit der Massen führen zum Aufstande des vierten Standes gegen das Bürgertum (Februarrevolution 1848), Frankreich wird wieder zur Republik erklärt.

Sieg des Absolutismus  
in Österreich

Auch in Italien kommt es zu Kämpfen für die nationale Einigung und gegen den Absolutismus Metternichs; sie werden aber durch Radetzkis Sieg bei Custozza (1848) niedergeschlagen. Sardinien und Neapel erhalten eine Verfassung. Den aus dem Kirchenstaat vertriebenen Papst führen französische Truppen nach Rom zurück, das seitdem eine französische Besatzung hat. In Österreich selbst wird der Rücktritt Metternichs erzwungen. Die revolutionäre Bewegung kann sich aber nicht halten, sie wird von Windischgrätz unterdrückt, und gegen die auffälligen Ungarn kommt der russische Kaiser dem benachbarten Öster-

reich zu Hilfe, Minister Schwarzenberg kann wieder ein absolutes Regiment aufrichten.

Von den Auswirkungen der französischen Februarrevolution bleiben unter den europäischen Staaten allein Rußland und England unberührt.

Während die Pariser Bewegung 1848 sozialistischen Charakter hat, ist das nationale und liberale Bürgertum Träger der von ihr veranlaßten revolutionären Strömungen in Deutschland. Die Forderungen sind Einheit und Freiheit, Pressfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung, gesamtdeutsche Volksvertretung. In Baden vollzieht sich zuerst ein Regierungswechsel. Die meisten Mittel- und Kleinstaaten bekommen neue Märzministerien. In Preußen verspricht der König in Folge der Februarrevolution die regelmäßige Einberufung des vereinigten Landtages und stellt im Patent vom 18. März statt der ständischen Vertretung eine konstitutionelle Verfassung in Aussicht. Trotzdem kommt es durch zwei unglückliche Schüsse zu erbitterten Barrikadenkämpfen in Berlin. Darauf tritt die vom vereinigten Landtag angeordnete preußische Nationalversammlung zusammen, um dem Lande eine Verfassung zu geben; da sie aber ganz unter den Einfluß der Straße und der Linken gerät, löst sie der König (Kampfministerium Brandenburg, militärisches Durchgreifen Wrangels) auf und erläßt durch königliche Verordnung von sich aus eine („oktroizierte“) Verfassung, die im Jahre 1850 in Kraft tritt und bis 1918 in Geltung blieb.

Sie sieht zwei Kammern vor, das Herrenhaus mit erblichen und lebenslänglich vom König ernannten Mitgliedern und das Abgeordnetenhaus, dessen Abgeordnete nach dem Dreiklassenwahlrecht in öffentlicher mittelbarer Wahl bestimmt werden. Für die Gesetzgebung ist Übereinstimmung des Königs und der beiden Kammern notwendig. Der Landtag hat das Steuerbewilligungsrecht, der König die ausübende Gewalt. Er ernennt die Minister, die ihm allein verantwortlich sind. Er ist oberster Heerführer und hat die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Gleichzeitig mit den Kämpfen um die preußische Verfassung drängen die Bewegungen um eine Reform des Deutschen Bundes zur Lösung der deutschen Frage. Das Heidelberger Vorparlament beschließt die Berufung eines deutschen Parlaments. Mit Zustimmung des Bundestages und der Einzelregierungen finden Wahlen für die deutsche Nationalversammlung statt, die dann in der Paulskirche zu Frankfurt zusammentritt. Sie beruht also auf der Forderung und Anerkennung der Volkssouveränität.

Als provisorische zentrale Gewalt an Stelle des deutschen Bundes wählt man den Erzherzog Johann von Österreich zum Reichsverweser, der aber ohne Macht ist, da ihm Geld und Soldaten und die Anerkennung des Auslandes versagt bleiben.

Die deutsche Nationalversammlung steht vor der wichtigen Entscheidung über den Umfang des Reichsgebietes und den Inhalt der Reichsverfassung. Soll das neue Deutsche

Die deutsche  
Revolution 1848

Verfassung  
in Preußen

Bundesreform

Die deutsche  
National-  
versammlung

Reich die ganzen Länder Österreichs aufnehmen, wie es Schwarzenberg erstrebt, oder nur die deutsch-österreichischen Länder nach der Forderung der großdeutschen Partei, oder soll Österreich überhaupt die Führung und Einigung Deutschlands allein Preußen überlassen? (Auffassung der Kleindeutschen.) Eine praktische Lösung scheint vorerst nur im Sinne der Kleindeutschen Partei möglich zu sein.

Verzicht Friedrich  
Wilhelms IV.  
auf die Kaiserkrone

Auch die Frage der Reichsverfassung, ob unitarisch mit Ausbau einer starken Reichsgewalt (kleindeutsch) oder föderalistisch bei großer Selbständigkeit der Einzelstaaten (großdeutsch), ob parlamentarisch oder konstitutionell, wird im Sinne der Kleindeutschen entschieden. Preußens König soll „Kaiser der Deutschen“ werden. Aber Friedrich Wilhelm IV. lehnt die Kaiserkrone aus den Händen des Volkes (1849) ab und verzichtet auch im Olmücker Vertrage (1850) unter dem Druck Österreichs und Rußlands auf die Unionspolitik, die durch Verhandlungen mit den Fürsten eine Reichsgründung ohne Österreich zustande zu bringen versucht hatte; das Erfurter Unionsparlament findet damit seine schnelle Auflösung.

Machtstellung  
Preußens  
unter Wilhelm I.

Im wiedereröffneten Bundestag in Frankfurt wird Otto von Bismarck preußischer Gesandter.

Als Prinz Wilhelm 1858 für seinen schwer erkrankten Bruder die Regierung übernimmt, ist es sein wichtigstes Ziel, die Großmachtstellung Preußens zu festigen und Deutschland unter Preußens Führung möglichst ohne Gewalt zu einigen. Bismarck dagegen ist der Überzeugung, es könne nur durch Blut und Eisen geschehen.

Eine Reform des Heeres und seine Vermehrung erscheint unerlässlich, da seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1814) trotz der gestiegenen Bevölkerungszahlen keine neuen Regimenter gebildet sind und darum die Zahl der von der Militärpflicht Befreiten immer größer geworden ist, während die zum Dienst Ausgehobenen bis zum 39. Jahre für den Kriegsdienst verfügbar sein müssen. Ausgleich dieser Unbilligkeit, Schaffung eines schlagfertigen Heeres, Stärkung des Offizierkorps und seines Einflusses ist Ziel der Heeresvorlage.

Kampf zwischen  
Krone u. Parlament  
in Preußen

Die liberale Mehrheit des Landtages will die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die zweijährige Dienstzeit erreichen und sträubt sich gegen die Einschränkung und Zurücksetzung der Landwehr. (Der Dienst in der Reserve soll von zwei auf vier Jahre erhöht, in der Landwehr von sieben auf fünf Jahre herabgesetzt werden.) Der aus der Ablehnung des Landtages entflammende Kampf wird also ein Kampf des Liberalismus und des Parlaments mit der Krone um die Macht im Staate. Der Landtag verweigert nach zweimaliger einstweiliger Bewilligung der Mittel die weitere Deckung der Kosten. Eine Auflösung des Landtages bringt keine Änderung in der Zusammensetzung. Der König trägt sich schon mit Rücktrittsgedanken. Aber Bismarck, den der König Wilhelm 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten beruft, verhindert es und führt den Kampf mit dem Parlament rücksichtslos durch. Da auch der neugewählte Landtag die Mittel versagt, regiert Bismarck ohne Haushaltsgesetz. Erst nach den

Erfolgen Bismarcks 1866 kommt es zu einem Vergleich zwischen König und Parlament. Bismarck beantragt die nachträgliche Bewilligung der Kosten und erhält mit Hilfe der Nationalliberalen *I n d e m n i t ä t*. Das Budgetrecht des Parlaments ist damit anerkannt.

In der *d e u t s c h e n* Frage geht Bismarck sicher seinen Weg. Als die deutschen Fürsten 1863 zu einer Beratung über eine Bundesreform eine Einladung nach Frankfurt ergehen lassen, bestimmt Bismarck den König dazu, fernzubleiben. Der Versuch Österreichs muß dadurch von vornherein scheitern. Durch einen Handelsvertrag mit Frankreich, durch seine Freundschaft mit Rußland (seine Hilfe bei der Unterdrückung des polnischen Aufstandes), durch ein Bündnis mit Italien bestimmt Bismarck die Haltung der Nachbarmächte, die bei der entscheidenden Regelung der deutschen Frage wichtig sein mußte.

Bismarck und die deutsche Frage

Im Kriege um Schleswig-Holstein kämpfen die beiden Rivalen noch einmal Seite an Seite gegen die dänische Vergewaltigung der beiden Herzogtümer und erzwingen die Abtretung Schleswig-Holsteins an Österreich und Preußen (1864). Aber der Streit um die Stellung der Herzogtümer innerhalb des Deutschen Bundes führt den Entscheidungskampf zwischen Österreich und Preußen herbei. Österreich erreicht beim Deutschen Bunde die Erklärung des Bundeskrieges an Preußen, das daraufhin aus dem Deutschen Bunde austritt. Der alte Deutsche Bund ist damit zerbrochen und der kriegerische Austrag der Gegensätze zwischen Preußen und Österreich unvermeidlich (Krieg von 1866).

Nach der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz verlieren Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt ihre Selbständigkeit. Samt Schleswig-Holstein gehen sie in Preußen auf, das nunmehr die notwendige Verbindung zwischen seiner östlichen und westlichen Gebiets-hälfte findet und mit der Gründung des Norddeutschen Bundes die Einigung Norddeutschlands vollzieht.

Einigung Norddeutschlands

Weil Napoleon einzugreifen droht, können sich die *s ü d d e u t s c h e n* Staaten noch nicht zum Beitreten entschließen. Unter dem Druck der Kompensationsforderungen Napoleons (Pfalz, Saarbrücken, Mainz) schließen sie aber mit Preußen im geheimen ein *S c h u k -* und *T r u k -* bündnis und stellen sich im Kriegsfall unter Preußens militärische Führung. So ist Deutschland wenigstens militärisch geeinigt, wie es seine wirtschaftliche Gesamtvertretung im deutschen Zollparlament hat, das nur eine Erweiterung des norddeutschen Reichstages durch süddeutsche Abgeordnete ist.

Bündnis mit Süddeutschland

Erst der *D e u t s c h - F r a n z ö s i s c h e* Krieg 1870/71 bringt die Gründung des neuen Deutschen Reiches. Die siegreiche Schlacht bei Sedan öffnet den Weg für Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten. Baden, Hessen lassen sich zuerst gewinnen, Bayern und Württemberg erklären sich erst nach langen schwierigen Verhandlungen und unter Wahrung besonderer Reservatrechte im Post- und Heerwesen zum Anschluß bereit. Auf Veranlassung Bismarcks bieten Ludwig II. von Bayern im Namen der deutschen Fürsten und Simson im Auftrage des norddeutschen Reichstages dem preußischen König die Kaiserkrone an. Nach langem Zögern entschließt

König Wilhelm deutscher Kaiser

sich König Wilhelm, dem Wunsche der Fürsten und des Volkes zu entsprechen. Am 18. Januar 1871 wird er in Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen. Endlich hat die Sehnsucht des deutschen Volkes ihre Erfüllung gefunden.

Im Herzen Europas besteht wieder ein mächtvoller Staat, mit dem die Welt zu rechnen hat, während Deutschland in den vorangegangenen Jahrhunderten Tummelplatz der Nachbarvölker und Gegenstand ihrer Eroberungsgelüste gewesen ist.

Das Deutsche Reich  
ein Bundesstaat

Die Reichsverfassung beruht auf der des Norddeutschen Bundes und lehnt sich an die Verfassung der Vereinigten Staaten, der Schweiz und die Beratungen im Frankfurter Parlament an. Der Deutsche Bund war ein lockerer, großdeutscher Staatenbund, das neue Deutsche Reich ist ein Bundesstaat mit Ausschluß Osterreichs. Preußen hat vielmehr die Führung, der preußische König ist zugleich deutscher Kaiser, er ernennt den verantwortlichen Reichskanzler, dem wieder die Staatssekretäre in der Leitung der Reichsämtner untergeordnet sind. Der Kaiser vertritt das Reich nach innen und außen; er ist der oberste Heerführer und entscheidet über Krieg und Frieden (bei Angriffskriegen mit Zustimmung des Bundesrates).

Der Bundesrat

Die 26 Einzelstaaten verzichten freiwillig zugunsten des Bundes auf ihre Souveränität, durch ihre bevollmächtigten Bundesratsgesandten lassen sie sich im Bundesrat vertreten, von dessen 58 Stimmen (mit Elsaß-Lothringen 61) Preußen 17 Stimmen hat, wie bisher im Norddeutschen Bunde. Schon 14 Stimmen können verfassungsändernde Beschlüsse verhindern. Gegen Preußens Willen ist also eine Verfassungsänderung unmöglich. In allen übrigen Fragen entscheidet im Bundesrat die Stimmenmehrheit. Er ist als die Vertretung der deutschen Fürsten und freien Städte der eigentliche Träger der Reichsgewalt (keine Volkssouveränität), denn er macht dem Reichstage die Vorlagen und kann Reichstagsbeschlüsse ablehnen. Er hat die ausführende Gewalt (föderalistischer Charakter des Reiches).

Der Reichstag

Neben dem Bundesrat steht der Reichstag; er zählt 397 Abgeordnete (einschließlich der 15 Vertreter Elsaß-Lothringens), die aus allgemeinen, geheimen, direkten Wahlen hervorgehen (unitarischer Charakter). Er hat keinen Einfluß auf die Ernennung des Reichskanzlers und seiner Staatssekretäre. Bundesrat, Kaiser und Kanzler stehen völlig selbständig neben ihm. Sein Recht besteht in der Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der Aufstellung des Haushalts. Ein Gesetz kommt durch Übereinstimmung von Bundesrat und Reichstag zustande mit der Unterschrift des Kaisers und verantwortlicher Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

Konstitutionelle  
Regierung

Das Reich wird also nicht parlamentarisch, sondern konstitutionell regiert.

Die direkten Steuern verbleiben den Einzelstaaten, das Reich hat also keine Finanzhoheit, das Reich verfügt über die Einnahme aus den Zöllen, den indirekten Steuern, der Post und den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten. Die Farben des Reiches sind schwarzweißrot.

## XXV/XXVI. Die Einigungskriege.

XXV. 1. Der Schleswig-Holsteinische Freiheitskampf 1864.

2. Der Dualismus Österreich-Preußen und seine Entscheidung 1866.

1. Die Geschichte der schleswig-holsteinischen Frage reicht weit zurück. Von den beiden Herzogtümern war Schleswig zur Zeit Konrads II. 1035 an Dänemark gefallen, Holstein dagegen gehörte zum Deutschen Reich, war jedoch seit 1460 (während der Regierungszeit Kaiser Friedrichs III.) samt Schleswig in Personalunion mit Dänemark verbunden. Es hatte aber die Zusicherung erhalten, daß die Herzogtümer auf ewig ungeteilt sein sollten. Beide Herzogtümer stehen miteinander in Realunion. Sie haben einen gemeinsamen Landtag. Zum Deutschen Bunde gehört nur Holstein.

Da das Aussterben des dänischen Königshauses in nächster Zeit zu erwarten steht, hoffen die Herzogtümer, sich bei dieser Gelegenheit von Dänemark frei machen zu können. Für sie gilt das salische Gesetz der männlichen Thronfolge, in Dänemark das weibliche Erbfolgerecht. Durch die Einverleibung Schleswigs sucht die nationaldänische Partei (Eiderdänen) der Entscheidung vorzugreifen. Aber die Herzogtümer wehren sich mit aller Kraft dagegen, und im Strom der großen nationalen Bewegung des Jahres 1848 erheben sie sich unter dem begeistertsten Jubel des deutschen Volkes zum Freiheitskampf. Auch der Deutsche Bund nimmt gegen Dänemark Stellung, Preußen führt das deutsche Bundesheer den Herzogtümern zu Hilfe, und für den Kampf gegen Dänemark schafft das Frankfurter Parlament die Anfänge der ersten deutschen Flotte.

Schleswig-Holsteinischer Freiheitskampf 1848

Aber Preußen muß vor dem Eingreifen der europäischen Großmächte England, Rußland und Frankreich sowie Schwedens (vgl. Olmütz) zurückweichen. So kommt das Londoner Protokoll 1852 zustande, nach dem Schleswig und Holstein dauernd vereinigt bleiben, aber nicht in Dänemark einverleibt werden dürfen, wohl aber bleiben sie in Personalunion mit Dänemark. Der erbberichtigte Herzog von Augustenburg erhält dafür eine Abfindungssumme. Die europäischen Staaten übernehmen die Garantie für die Aufrechterhaltung des Protokolls, auch Österreich und Preußen müssen ihre Zustimmung geben; der Deutsche Bund dagegen und die Stände der Herzogtümer verweigern ihre Zustimmung.

Londoner Protokoll 1852

Im Jahre 1863 versucht nun die nationaldänische Partei wieder, auch Schleswig in die dänische Gesamtstaatsverfassung einzubeziehen. Das verstößt offenkundig gegen das Londoner Protokoll. Eine neue nationale Bewegung zugunsten der in ihrem Recht bedrohten Herzogtümer setzt ein, sie kämpft für die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins und die Erbfolge des Augustenburger.

Österreich fühlt sich an das Londoner Protokoll gebunden. Auch Preußen darf die nationale Unabhängigkeitsbewegung nicht unterstützen, wenn es die Entstehung eines neuen deutschen Mittelstaates zwischen Nord- und Ostsee unter der Regierung der Augustenburger ver-

hindern will. Ebenjowenig aber kann es die Festsetzung Dänemarks in dem strategisch wichtigen Gebiet dulden, da von hier Kiel und die Elbmündung bedroht werden kann. Bismarcks Ziel ist es, die Herzogtümer militärisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch zu beherrschen. Darum stellt er sich zunächst auch auf den Boden des Londoner Protokolls und verhindert dadurch die Einmischung der europäischen Mächte in die Entscheidung dieser deutschen Frage.

Als Preußen die Anerkennung des Londoner Protokolls von Dänemark erzwingen will, tritt Österreich an Preußens Seite, da es ihm aus Mißtrauen nicht freie Hand gegen Dänemark lassen will. So ziehen sie gemeinsam gegen Dänemark in den Krieg.

Der Dänische Krieg  
1864

In kurzem Feldzug (Erstürmung der Düppeler Schanzen, Übergang nach Alsen) zwingen die Verbündeten Dänemark zum Frieden zu Wien (1864), in dem es Schleswig-Holstein und Lauenburg zu gemeinsamem Besitz an Österreich und Preußen abtritt.

2. Österreich hat kein Interesse an der gemeinsamen Verwaltung der Herzogtümer. Es tritt darum gegen Bismarcks und Preußens Auffassung für die Nachfolge des Augustenburger ein. Der Vertrag von Gastein (getrennte Verwaltung der Herzogtümer) überbrückt noch einmal für kurze Zeit die gegenseitige Unstimmigkeit, schiebt die gewaltsame Auseinandersetzung aber nur auf.

Mit den Nachbarmächten weiß Bismarck durch Hilfeleistung für Rußland im polnischen Aufstand, durch ein Neutralitätsabkommen mit Frankreich, durch ein Bündnis mit Italien, das wegen seines Anspruches auf das österreichische Venetien der natürliche Bundesgenosse Preußens ist, die politische Gesamtlage herzustellen, die er für die Lösung der deutschen Frage braucht. Um den Krieg aber nicht allein wegen Schleswig-Holsteins entbrennen zu lassen, bringt Bismarck die Bundesreformfrage wieder ins Rollen, überbietet Österreich sogar durch die Aufnahme der alten liberalen Forderung (Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund von allgemeinen und gleichen Wahlen).

Österreich bringt als Gegenzug die schleswig-holsteinische Frage vor den Bundestag. Preußen erklärt das für einen Bruch des Gasteiner Vertrages, und als Österreich die Mobilmachung gegen Preußen beim Bundestage durchsetzt, erklärt Preußen seinen Austritt.

Der Krieg von 1866

Der Krieg beginnt. Preußen hat nur in Norddeutschland einige Bundesgenossen. Aber dank der strategischen Überlegenheit Moltkes („getrennt marschieren, vereint schlagen“; Umfassung!), dank der besseren Ausrüstung durch das Zündnadelgewehr gelingt es Preußen, den Feldzug überraschend schnell siegreich zu beenden. Die norddeutschen Staaten Hannover, Kurhessen und Frankfurt werden überrannt. Das hannöversche Heer kapituliert bei Langensalza. Mit der Besetzung der norddeutschen Staaten schließt Preußen nunmehr die Lücke zwischen seinen beiden Gebietshälften. Der Feldzug in Süddeutschland und die Kämpfe auf dem italienischen Kriegsschauplatz bleiben ohne Einfluß auf die Entscheidung. Österreich verpflichtet sich, Venetien an Napoleon abzutreten, um ihn für sich zu gewinnen. Die Entscheidung fällt auf dem böhmischen Kriegsschau-

platz in der glänzenden Schlacht bei Königgrätz. Nach der Vereinigung der geschlagenen böhmischen Armee Österreichs mit seiner vom italienischen Kriegsschauplatz herangezogenen Südararmee drängt Bismarck auf schnellen Friedensschluß, zumal Frankreich sich einzumischen droht.

Napoleons Politik trägt einen inneren Widerspruch in sich. Er begünstigt das Streben der europäischen Völker nach nationaler Einheit, verfolgt aber zugleich die alten Ziele französischer Machtpolitik, die Besetzung der Rheinlinie und die Schwächung Deutschlands, der europäischen Mitte. Als Lohn für seine Neutralität im Kampfe Preußens gegen Österreich verlangt er Kompensationen für Frankreich: Rheinpfalz, Rheinhessen und Mainz. Während Österreich ihm Venetien verspricht und lieber auf seine Stellung in Italien verzichtet, als daß es Preußen gegenüber nachgibt, hält Bismarck den Kaiser Napoleon hin und gibt mit Rücksicht auf Frankreich einstweilen den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund preis. Die süddeutschen Staaten müssen sich mit einem Verein mit „internationaler, unabhängiger Existenz“ begnügen. Im geheimen schließen sie aber angesichts der Kompensationsforderung Napoleons ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen. Während Italien die Friedensvermittlung Napoleons ablehnt (Besetzung Venetiens), da es die Einigung aller Italiener noch nicht erreicht sieht und nicht bundesbrüchig werden will, gewinnt Bismarck durch seine maßvollen Forderungen Österreichs Bereitschaft zum Frieden, ehe noch Napoleon dazwischentritt. Er schont Österreich nach Möglichkeit, da ihm schon jetzt der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Mächte, also das Bündnis mit Österreich, vorzweht.

Innerer Widerspruch  
der europäischen  
Politik Napoleons

Nach dem Waffenstillstand auf dem Schlosse Nikolsburg wird der Friede zu Prag abgeschlossen. Gegen den hartnäckigen Widerspruch seines Königs setzt es Bismarck durch, daß die süddeutschen Staaten, vor allem auch Sachsen, unverfehrt bleiben; er beschränkt sich auf die Annexion der norddeutschen Staaten und die Einziehung Schleswig-Holsteins. Österreich gibt seine Zustimmung für die Bildung des Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung und scheidet damit aus Deutschland aus. Es büßt nur Venetien ein, das es an Italien abtreten muß.

Preussische Gebiets-  
erwerbungen

## XXVI. Der deutsch-französische Krieg 1870/71.

Frankreich empfindet die Erfolge Preußens als eigene Niederlage, darum fordert es „Rache für Sadowa“. Da das napoleonische Kaisertum sich im Innern einer immer stärker werdenden Opposition gegenüber sieht, sucht es seine Stellung durch außenpolitische Erfolge zu stärken, hat aber bis auf den Erwerb von Savoyen und Nizza (1859) nur Mißerfolge aufzuweisen. Die französische Einmischung in die mexikanischen Wirren vergeudet viele Kräfte, die Aufrichtung einer mexikanischen katholischen Monarchie unter französischem Protektorat scheitert, denn Napoleon hat nur zwischen einem Verzicht und einem Kriege mit Amerika zu wählen. Die Entscheidung fällt gerade in die Zeit des öster-

Außenpolitische  
Niederlagen  
Frankreichs

reichisch-preußischen Konfliktes von 1866 und lähmt Napoleons Entschlußkraft. Bismarck bringt ihn um die erhofften Kompensationen und tritt ebenso seinem weiteren Versuch, Luxemburg in Frankreich einzuverleiben, energisch entgegen. Die Londoner Konferenz bestimmt die Neutralisierung des Landes (1867). Als Napoleon mit Belgien einen Zollbund schließen will, widersezt sich England dem Vordringen französischen Einflusses im Mündungsgebiet der Schelde. Dabei wachsen die inneren Schwierigkeiten in Frankreich, so daß sich Napoleon zu liberalen Reformen genötigt sieht. Nur ein erfolgreicher Krieg kann seine Stellung festigen. Darum vermehrt er die französische Streitmacht und organisiert das Heer neu (Einführung des Chassepotgewehres).

Frankreich  
gegen die Einigung  
Deutschlands

Napoleon sieht die preußische Macht mit Besorgnis immer mehr wachsen, die Einigung Deutschlands immer näher rücken. Die Veröffentlichung der Militärverträge mit den süddeutschen Staaten gibt dem Argwohn gegen Preußen neue Nahrung. Gegen Preußen richten sich darum die Verhandlungen Napoleons mit Italien und Osterreich, wenn sie auch zu keinem festen Bündnis führen. Die Einigung Deutschlands aber kann und will Frankreich niemals dulden.

Der Krieg  
von 1870/71

Bei dieser gespannten Lage ist die spanische Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern nur der äußere Anlaß für den längst erwarteten Waffengang beider Mächte, Frankreich benutzte ihn, um Preußen auf alle Fälle zu demütigen. Preußen aber kann sich den überspannten Forderungen Frankreichs nicht fügen. Da nur die Waffen eine Entscheidung bringen können, jede Verzögerung aber allein Frankreichs Aussichten günstiger gestaltet, schiebt Bismarck geschickt und entschlossen Frankreich die Entscheidung zu (Emscher Depesche!). Am 19. Juli 1870 erklärt es an Preußen den Krieg.

Neutralität  
der Nachbarmächte

Bismarck hatte mit seiner preußischen Politik die deutsche Volkstimmung gegen Preußen eingenommen. Er schien lediglich die Interessen der Hohenzollern zu vertreten. Als nun aber Norddeutschland der Krieg gegen Frankreich aufgezwungen war, wollte und konnte niemand zurückbleiben. „Alldeutschland nach Frankreich hinein“ wurde die Losung. Man hatte das sichere Gefühl, Frankreich zum mindesten gewachsen, wenn nicht überlegen zu sein. Die Nachbarmächte halten sich zurück, Dänemark und Osterreich mit Rücksicht auf Preußens Freundschaft mit Rußland, England im Hinblick auf die bedrohlichen Rheinpläne Napoleons.

Die französische Heeresleitung beabsichtigt, durch Vorstöße vom Elsaß und von Lothringen her Süddeutschland von Preußen zu trennen und donauaufwärts Verbindung mit Osterreich zu suchen. Aber der unerwartet schnelle Aufmarsch der deutschen Truppen, ihr siegreicher Vormarsch wirft diese Pläne um. Die Siege des Kronprinzen bei Weißenburg und Wörth zwingen Mac Mahon zum Rückzug auf Châlons. Der ersten und zweiten Armee gelingt es, Bazaine, der eine Vereinigung mit Mac Mahon erstrebt, östlich von Metz festzuhalten (Colombey-Neuilly), die Festung im Süden zu umfassen (Vionville, Mars-la-Tour) und durch die schweren Kämpfe bei Gravelotte und St. Privat auch den Vormarsch nach

Norden zu verhindern. Es sind die blutigsten Schlachten des ganzen Krieges. Bazaine wird in Metz eingeschlossen und belagert.

Der Kronprinz und die von der Metz Armee abgezweigte Maasarmee nehmen die Verfolgung Mac Mahons auf, der Befehl hat, Bazaine von Nordwesten her zu entsetzen. So müssen die Heere plötzlich rechts abmarschieren. Die deutschen Armeen schneiden Mac Mahon aber den Weg ab, drängen ihn bei Sedan gegen die belgische Grenze und schließen ihn ein. Das französische Heer wird am 1. September 1870 bei Sedan völlig geschlagen und muß die Waffen strecken, Kaiser Napoleon III. gerät in Kriegsgefangenschaft.

Die politische Wirkung seiner Gefangennahme ist in Frankreich der Zusammenbruch des Kaisertums; die Wirren einer neuen Revolution und Erneuerung der Republik („Regierung der nationalen Verteidigung“). Aber der Krieg geht weiter mit der Republik. Gambetta, Minister des Innern, mit diktatorischer Gewalt, organisiert die Volkserhebung und stampft neue Heere aus dem Boden.

Paris wird belagert. Der Ansturm der neuen französischen Heere von Westen her läßt sich nur abwehren, weil durch die rechtzeitige Kapitulation von Metz (27. Oktober) Truppen frei werden. Die französischen Ersatzarmeen werden geschlagen. Bourbaki's verzweifelter Versuch, das belagerte Belfort zu entsetzen und nach Osten durchzubringen, scheitert; er wird durch die Kämpfe an der Lysaine genötigt, auf Schweizer Gebiet überzutreten.

Paris selbst muß nach dem letzten mißlungenen Ausfall, von Hungersnot zermürbt, am 28. Januar kapitulieren. Zuvor aber hat am 18. Januar im Spiegelsaale zu Versailles die deutsche Kaiserproklamation stattgefunden.

Im Frieden zu Frankfurt tritt Frankreich Elsaß-Lothringen an Deutschland ab. Es zahlt 5 Milliarden Kriegsentgelt. Die Grenzziehung erfolgt nach Maßgabe der Sprachgrenze, abgesehen von Gebietsteilen um Metz und in dem oberen Breuschthal, wo aus strategischen Gründen französisches Sprachgebiet übernommen wird.

Da mit der Kaiserproklamation in Versailles auch die Sehnsucht nach einem neuen Deutschen Reiche in Erfüllung gegangen ist, so bedeutet der Ausgang des Krieges eine grundlegende Änderung der europäischen Machtverhältnisse. Seit dem Zerfall des Deutschen Reiches hatten die Rand- und Nationalstaaten auf Kosten der mitteleuropäischen Staaten ihren Machtbereich erweitert. Jetzt aber hat Europa wieder eine starke Mitte, die selbst innenpolitisch gefestigt und lebenskräftig genug ist, um nach außen hin wirken zu können. Verspätet, aber mit immer größerer Nachhaltigkeit glaubt Deutschland, sich jetzt der weltwirtschaftlichen imperialistischen Entwicklung der anderen Mächte anschließen zu müssen.

1870 wird mit der Räumung Roms durch die französischen Truppen und durch die Einnahme der Stadt auch der letzte Schritt in der Einigung Italiens getan.

Ende des französischen Kaisertums

Die deutsche Kaiserproklamation

Frankfurter Friede: Elsaß-Lothringen wieder deutsch

Das Deutsche Reich neue Großmacht Europas

## XXVII. Nationalstaatliche Entwicklung in Italien und den Balkanländern.

1. Italien nach 1815 unter dem beherrschenden Einfluß Österreichs.
2. Nationale Einigung Italiens 1859/60.
3. Nationale Erhebungen in den Balkanländern. Europäische Politik und die orientalische Frage. 1812—1878.
4. Die Erbschaft des „kranken Mannes“ 1878—1913.

1. **I t a l i e n**, einst der Mittelpunkt des großen römischen Reiches und seiner Macht, ist seit dem Mittelalter der **B e r s p l i t t e r u n g** verfallen und wird dann der Boden, um dessen Beherrschung die Nachbarstaaten, vor allem Frankreich und Österreich, miteinander kämpfen. Ergebnislos bleiben die Ansätze zu einer Zusammenfassung und Wiederbelebung altrömischer Macht (Arnold von Brescia, Kaiser Karl, die Anjous, Cola di Rienzi).

Vorübergehend bringt Napoleon I. Italien die **n a t i o n a l e E i n h e i t**. Aber der Wiener Kongreß zerschlägt sie wieder. Ihre unverföhllichen **S e g n e r** sind Österreich und die souveränen Fürsten Italiens, die alle, bis auf den König von Sardinien, Ausländer sind.

Nebenher geht aber eine **a u f n a t i o n a l e E i n i g u n g** drängende **S t r ö m u n g** im Volke, die immer stärker wird. Vor allem richten sich die Bestrebungen der patriotischen Geheimbündler gegen die Fremdherrschaft Österreichs in der Lombardei und Venetien und gegen das absolutistische Regiment Metternichs. Der **K ö n i g** von **S a r d i n i e n** ist ihre Hoffnung. Die Verfassungsbestrebungen der Carbonari und Piemonts (1821) und die Verschwörungen im Zusammenhang mit der Julirevolution (1830) mißlingen; sie werden niedergeschlagen, auch die nationale Erhebung 1848 im Bunde mit Sardinien erliegt den Waffen Radezkis.

2. Die Einigung Italiens kann nur mit Hilfe einer europäischen Großmacht gegen Österreich zustande kommen. In dieser Erkenntnis sichert sich Cavour, der italienische Bismarck, **F r a n k r e i c h s U n t e r s t ü t z u n g** durch seine Hilfe im Krimkriege. Napoleon hofft, die Völker lateinischer Rasse unter seiner Führung zu einigen und Österreich abermals aus seiner beherrschenden Stellung in Italien zu verdrängen. Mac Mahon besiegt die Österreicher bei Magenta und Solferino (1859). Als Preußen sich einmischen will und Österreich durch einen geplanten Angriff auf Frankreichs Ostgrenze seine Hilfe anbietet, geht Österreich im Frieden zu **V i l l a f r a n c a** lieber auf Napoleons Bedingungen ein und **v e r z i c h t e t** auf die **L o m b a r d e i**, als daß es Preußens Waffendienst annimmt und die Vormachtstellung in Deutschland aufgibt. **S a r d i n i e n** erhält die Lombardei gegen die **A b t r e t u n g** von **S a v o y e n** und **N i z z a** an Frankreich für seine Unterstützung der italienischen Nationalbewegung.

Cavour begnügt sich damit aber nicht. Er weiß die Rückkehr der vom Volke vertriebenen mittelitalienischen Fürsten, wie es die Friedensabmachungen von Villafranca vorsehen, zu verhindern; er kann sich dabei auf die Volksabstimmungen in Mittelitalien stützen, die den Anschluß an

Nationale  
Bestrebungen  
in Italien

Cavour:  
Bündnis mit  
Frankreich

Sardinien verlangen. Garibaldi verjagt mit seinen Freischaren die Bourbonen aus Sizilien und Neapel (1860). Cavour fängt aber auch die auf eine Einheitsrepublik zielende Bewegung des Nationalhelden Garibaldi auf und verkündet 1861 das Königreich Italien. Nur Rom und den Rest des Kirchenstaates schützen französische Truppen, da Napoleon aus innenpolitischen Rücksichten den Papst nicht fallen lassen kann.

Königreich Italien  
1861

Venetien fällt im Jahre 1866 trotz der österreichischen Siege bei Custoza und Lissa an das mit Preußen verbündete Italien. Die Niederlage Frankreichs 1870/71 befreit endlich auch Rom von der französischen Besatzung. Rom wird nunmehr Hauptstadt des geeinten Italiens.

Das auf dem Wiener Kongreß geschaffene Gleichgewicht der europäischen Staaten ist erschüttert. Der Krimkrieg hatte die Ostmächte Rußland und Österreich entzweit, jetzt hat sich der große Gegensatz zwischen Österreich und Preußen offenbart. Europa hat ein neues nationales Königreich erhalten, die Grundlagen für eine neue Großmacht.

Gleichzeitig erkämpft das nordamerikanische Volk im Bürgerkrieg gegen die Rebellion der Südstaaten die Einheit des Staates. Mit dem Einsatz ihrer militärischen Macht haben die Vereinigten Staaten den Weltkrieg zu unseren Ungunsten entschieden. Sie sind ein ganz neuer Faktor in der Weltpolitik der Gegenwart geworden.

3. Die Idee des Selbstbestimmungsrechtes ergreift auch die Völker der Balkanhalbinsel.

Die Herrschaft der Türken auf dem europäischen Festland ist seit dem Siege des Prinzen Eugen und dem stetigen Vordringen Rußlands zum Schwarzen Meere stark zurückgegangen, zugleich innerlich verfallen. Die westeuropäischen Freiheitskämpfe wirken auch nach dem Balkan hinüber.

Der Kampf  
gegen die Türken

Die Griechen, von der Griechenbegeisterung aller europäischen Länder getragen (Lord Byron, Wilhelm Müller), erheben sich zuerst gegen die Türken, werden von ihnen aber zunächst mit Hilfe des Vizekönigs Mehmed Ali von Agypten niedergeschlagen. Während Metternich in der griechischen Freiheitsbewegung nur die revolutionäre Gefahr erkennt und jegliche Unterstützung ablehnt, kommt ein Bund von Rußland, Frankreich und England zum Schutz der griechisch-katholischen Christen gegen die Türken zustande. Bei Navarino erleidet die türkische Flotte (1827) eine entscheidende Niederlage. Der Friede zu Adrianopel bringt Griechenland die Unabhängigkeit (bestätigt im Londoner Protokoll 1830) und durchbricht damit das bisher von der Heiligen Allianz hochgehaltene reaktionäre System der Legitimität und des allein gültigen Willens der Dynastien. Sie selbst geht damit in die Brüche.

Befreiung  
Griechenlands 1829

Im Krimkrieg und während des russisch-türkischen Krieges 1877/78 bleibt Griechenland neutral. Als Morgengabe Englands erhält der neue Hellenenkönig aus dem dänischen Herrscherhaus 1863 die ionischen Inseln. 1897 kämpft es einen unglücklichen Kampf gegen die Türkei um den Besitz von Kreta. Erst 1911 tritt die Türkei die Insel an Griechenland ab. In den folgenden Balkankämpfen zeigt sich immer wieder, daß der

griechische Nationalismus gleich wie der serbische zu weit gehende Ansprüche stellt.

Serbien, Moldau,  
Walachei selbständig

Der Friede zu Adrianopel (1828) bringt auch Serbien und den rumänischen Donaufürstentümern die Selbständigkeit, freilich unter türkischer Oberhoheit. Die Handelsschiffe bekommen freie Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen. Aber den russischen Weg nach Konstantinopel kreuzt Österreichs Ausfahrt aus der Donau und bringt beide Staaten in Gegensatz zueinander. Eine Machtvermehrung Rußlands im Orient muß das Gleichgewicht im Osten stören.

Folgen der russischen  
Balkanpolitik

Darum bekämpft auch England die russische Balkanpolitik. Das Vordringen der russischen Macht zum Mittelmeer kann die englische Mittelmeerherrschaft und den Weg nach Indien gefährden. Daraus muß sich eine neue Mächtegruppierung ergeben, zumal auch Frankreich in der Türkei Einfluß gewinnen möchte. Denn Napoleon III. sucht nach einer Gelegenheit, das Ansehen Frankreichs und dabei seine Stellung zu festigen.

Koalition  
gegen Rußland,  
Krimkrieg 1854/56

Als nun der russische Zar Nikolaus I. die Schutzherrschaft über die griechischen Katholiken in der Türkei fordert und auf die Ablehnung des Sultans in die Donaufürstentümer einmarschiert, landen England, Frankreich und im Bunde mit ihnen Sardinien Truppen auf der Krim, da Rußland die Fürstentümer nicht räumen will. Obwohl Rußland 1848 dem befreundeten Österreich gegen die Revolution im eigenen Lande wertvolle Hilfe geleistet hat, rührt Österreich jetzt keinen Finger zu Rußlands Gunsten, läßt vielmehr seine eigenen Truppen in die Donaufürstentümer einrücken. Preußen dagegen bleibt neutral und erhält sich dadurch die russische Freundschaft. Den Undank des Hauses Habsburg vergilt Rußland durch seine Haltung 1859, 1866 und 1870.

Der seit dem Wiener Kongreß Europa beherrschende Bund der drei Ostmächte ist gesprengt. Nach der Eroberung von Sebastopol durch die Verbündeten und dem Tode Nikolaus I. schließt sein Sohn Alexander II. in Paris 1856 Frieden. Er verspricht, keine Waffenplätze am Schwarzen Meer anzulegen, und gibt seine Vorrechte in der Moldau und Walachei auf (diese schließen sich 1862 zum Fürstentum Rumänien zusammen und wählen 1866 den Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen zu ihrem Fürsten; † 1914). Man erklärt das Schwarze Meer für neutral und sperrt den Bosphorus für alle Kriegsschiffe.

Englisch-russischer  
Gegensatz

Rußland sieht sich in seinem natürlichen und lebensnotwendigen Streben nach Konstantinopel (Zugang nach dem Mittelmeer und dem Atlantischen Ozean), und ostwärts nach Indien (außer von Österreich) vor allem auch von England gehemmt. England dagegen bekämpft in Rußland den neu aufkommenden Gegner seiner Mittelmeerherrschaft und seiner asiatischen Pläne. Das bleibt einer der großen Gegensätze, die in der Folgezeit die europäische Politik entscheidend beeinflussen.

Frankreich führende  
Festlandmacht

Frankreichs Ansehen auf dem Festlande ist mit den Erfolgen des Krimkrieges mächtig gewachsen. Es hat Rußlands bis dahin führende Stellung auf dem Kontinent übernommen.

Daneben bleibt die große Spannung zwischen Österreich und Rußland. Sie wird um so bedrohlicher, als Rußland die pan-slavische Massenbewegung den alten Zielen der russischen Machtpolitik dienstbar macht. In der von der östlichen Völkerflut bedrohten germanischen Welt ist der österreichisch-ungarische Staat am meisten gefährdet, da er selbst starke slavische Volksteile in seinem Reiche beherbergt und von slavischen Staaten zum Teil umfaßt wird. Andererseits hat Österreich selbst längst den Schwerpunkt seiner Politik nach dem Balkan verlegt. Seine Balkanpolitik hält Rußland die Wage und damit das Gleichgewicht im Osten. Die Erhaltung des österreichischen Staatsverbandes ist darum nach Bismarckscher Auffassung eine Notwendigkeit.

Russisch-österreich.  
GegensatzGleichgewicht  
im Osten

Die russische wie österreichische Machtpolitik geht auf Kosten der Türkei. Seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 kann Rußland seine Mittelmeerpläne wieder tatkräftiger aufnehmen. Es nährt und unterstützt Unruhen in der Herzegowina, in Montenegro, Serbien und Bulgarien. Als diese aber von den Türken blutig niedergeworfen werden, zieht Rußland selbst, später von Rumänien unterstützt, gegen die Türkei in den Krieg und zwingt sie zum Frieden von St. Stefano, der ein Großbulgarien (mit Mazedonien bis zum Ägäischen Meer) vorsieht, die Balkanstaaten erweitert und unabhängig macht, die Türkei aber fast völlig aus Europa verdrängt.

Russisch-türkischer  
Krieg 1877/78

Da treten die europäischen Großmächte auf den Plan. England und Österreich rüsten, ein Weltkrieg ist im Entstehen begriffen. In dem Streite der Parteien übernimmt Bismarck als ehrlicher Makler 1878 die Vermittlung (Berliner Kongreß 1878). Denn Deutschland, das in der orientalischen Frage am wenigsten interessiert ist, würde doch nach einem Siege Rußlands über Österreich und die Türkei zu sehr Gefahr laufen, von dem russischen Koloß in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Berliner Kongreß  
1878

Die Eifersucht der Mächte kommt vor allem der Türkei zugute. Rußland und die Balkanstaaten müssen sich in ihren Ansprüchen auf Gebiets-erweiterung bescheiden, die Türkei erhält Mazedonien zurück, Ost-rumelien wird als autonome türkische Provinz von Nordbulgarien abgetrennt. Montenegro (stark vergrößert), Serbien und Rumänien gewinnen ihre Unabhängigkeit, das neue Fürstentum Bulgarien zwischen Donau und Balkan erhält innere Selbständigkeit. Rußland bekommt Bessarabien, in Kleinasien den wichtigen Hafen Batum und Kars; England sichert sich Zypern zur besseren Beherrschung des Suezkanals, Österreich erhält die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina.

Auch in der Folgezeit bietet die Entwicklung der Balkanfragen dasselbe Bild. Die Entscheidung richtet sich nicht nach den Wünschen und Bedürfnissen der Balkanvölker, sondern nach den Interessen der Großmächte und ihres gegenseitigen Macht-ausgleichs.

Rußland glaubt sich von Deutschland benachteiligt; die seit dem Befreiungskriege bestehende Freundschaft zwischen Preußen und Rußland zerbricht darüber. Bismarck zieht zugleich daraus die Lehre, daß die russische Freundschaft allein für die Sicherheit Deutsch-

Deutsch-russische  
Verstimmung

lands nicht genügt, es muß Österreich auf seine Seite ziehen, ohne aber zugleich Rußland in die Arme Frankreichs zu treiben; in der Umklammerung von beiden Seiten müßte Deutschland von Österreich abhängig werden. Nur eine ganz geschickte Bündnispolitik kann Deutschlands Stellung in Europa stärken und die übrigen europäischen Mächte in Schach halten.

Nationale Einigung  
Bulgariens

4. Die Bulgaren haben am schwersten unter der türkischen Herrschaft gelitten. Während sie auf Befreiung von Rußland hofften, beabsichtigten die Russen, sie als Kanonenfutter gegen die Türken zu gebrauchen und durch sie maßgebenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu gewinnen. Der auf Bulgarien lastende Steuerdruck verursachte dauernde Unruhen. Außerdem sog die griechisch-katholische Kirche das Volk aus und entfremdete die Bevölkerung dem Patriarchen von Konstantinopel. Als sich die Übertritte zur römisch-katholischen Kirche mehren, sorgt Rußland 1872 für die Errichtung eines besonderen bulgarischen Exarchats in Konstantinopel, während die Serben dem Patriarchen unterstellt bleiben. Dadurch werden Bulgaren und Griechen, ebenso auch Bulgaren und Serben einander entfremdet. Im Frieden von St. Stefano beabsichtigte Rußland, ein Großbulgarien zu schaffen, aber der Berliner Kongreß verhindert es.

Rußland hatte geglaubt, in Bulgarien ein gefügiges Werkzeug zu haben. Darin sah es sich aber getäuscht. Bulgarien verzichtete auf die ihm zgedachte Rolle. Es erlangt gegen Rußlands Willen 1885 durch Einverleibung Ostrumeliens die nationale Einigung. Nach dem Sturz des Fürsten Alexander von Battenberg 1886 wird Ferdinand von Koburg-Kohary gewählt, der sich dann 1908 zum „Zaren“ der Bulgaren macht. In seiner Politik sucht er an Österreich-Ungarn Anlehnung. Rußland dagegen begünstigt nach der bitteren Enttäuschung mit Bulgarien die großserbischen Machtgelüste, um damit die eigenen Balkaninteressen zu fördern und vor allem Österreich-Ungarn zu schädigen.

Großserbische Idee.  
Balkanfrisen

Die großserbische Idee ist der Angelpunkt der Balkankrisen neuerer Zeit. Wie auf die römisch-byzantinische Staatseinheit die nationale Teilstaatenbildung der Kroaten, Serben und Bulgaren gefolgt war, so löst sich der türkische Eroberungsstaat wieder in die verschiedenen Nationalstaaten auf. Die bulgarische Entwicklung gibt dazu den Anstoß. Die Griechen und vor allem die Serben begnügen sich aber nicht damit, ihrem Volksgebiet den nationalen Einheitsstaat zu schaffen (vgl. Bulgaren und Kroaten), sondern verfolgen ausgesprochene Eroberungsabsichten. Denn Serbiens verkehrsgeographische und geopolitische Mittellage verlangt einen Zugang zum Meere, ferner drängt dahin der im serbischen Volkscharakter und im Wesen der orthodoxen Kirche liegende „Machthunger“; Serbien möchte den Kern des Balkaneinheitsstaates abgeben.

Die Serben haben es zunächst auf die ohne eigenen Staat in Österreich-Ungarn lebenden Kroaten abgesehen (in Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Slawonien und Kroatien selbst), die zwar sprachlich verwandt und mit serbischen Kolonien durchsetzt sind, mit der serbischen

Staats- und Kulturentwicklung aber nichts zu tun haben, obendrein dem römisch-katholischen Bekenntnis angehören.

Die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich regte, so störend sie für Serbien war, seine Wühlarbeit nur um so mehr an, der die Kroaten in ihrer Hilfslosigkeit immer mehr Gehör schenkten. Österreich glaubte, der serbischen Propaganda 1908 gelegentlich der türkischen Revolution nur durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina ein Ende machen zu können.

Die serbische Enttäuschung und die daraus sich ergebenden diplomatischen Folgen treiben zu neuen Balkankriegen (und schließlich zum Weltkrieg 1914). Rußland und England setzen alles daran, einen großen Balkanbund zustande zu bringen mit dem Ziel, Österreich zu vernichten. Als die Jungtürken sich aber ausschließen, muß der Balkanbund zunächst die Türkei erledigen, um dann erst Österreich-Ungarn zu Leibe gehen zu können.

So kommt es, daß mit dieser vorübergehenden südlichen Verschiebung des politischen Schwerpunktes auf dem Balkan die mazedonische Frage in den Vordergrund tritt. Die Serben (wegen serbischer, oder doch wenigstens slavischer Nationalität der Mazedonier), die Griechen (wegen der weit verbreiteten griechischen Schulen) und die Bulgaren (wegen ihrer Verwandtschaft in Sprache, Sitte und Bekenntnis) erheben zugleich Anspruch auf Mazedonien. Man verständigt sich über die Aufteilung Mazedoniens. Die vereinigte Macht des Balkanbundes bringt der Türkei im ersten Balkankriege 1912 eine völlige Niederlage.

Da Österreich aber Serbien nicht den erhofften Zugang zum Meere durch Nordalbanien zugestehen will (darum Errichtung eines selbständigen Albaniens) und Serbien von Bulgarien Entschädigung verlangt, kommt es zu einem abermaligen Balkankrieg der Sieger untereinander um die Beute: Serbien und Griechenland stehen gegen Bulgarien, ihnen treten noch Rumänien und die Türkei zur Seite. Bulgarien wird völlig geschlagen, Mazedonien in der Hauptsache an Serbien und Griechenland, zum Teil auch an Bulgarien aufgeteilt, die Türkei behält das südöstliche Thrazien mit Adrianopel.

Der Machthunger Serbiens ist durch diesen Erfolg nur noch größer geworden. Da die Kroaten im österreichisch-ungarischen Staat keine Berücksichtigung ihrer nationalen Wünsche zu finden fürchten, lassen sie sich von der großserbischen Idee immer mehr ins Schlepptau nehmen. Jetzt wird das eigentliche Ziel Rußlands und der Entente im Bunde mit Serbien und Montenegro in Angriff genommen: Die Vernichtung Österreich-Ungarns. Das führt zum Weltkrieg.

Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte ist der südslavische Staat Jugoslawien, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, „SHS-Staat“, Wirklichkeit geworden. Den Kroaten ist nichts anderes übrig geblieben, als ihm beizutreten. Ob aber der großserbische Staat Bestand haben wird, bleibt abzuwarten. Die jüngsten Ereignisse (1928) haben die große Spannung zwischen Kroaten und Serben als eine innere Schwierigkeit ihres staatlichen Aufbaues deutlich gezeigt.

Braun-Ziegfeld, Geopolitischer Geschichtsatlas, Neuzeit.

Kesseltreiben  
gegen Österreich

Vorpiel: Balkan-  
bund gegen Türkei  
1912

Kampf um die  
Beute: 1913

Erneuter Angriff  
auf Österreich 1914